



Nr. 290 | 02.11.2023

Ukraine-Analysen

Zwischen Resilienz und Trauma: Mentale Gesundheit

■ ANALYSE	
Mentale Gesundheit in Zeiten des Krieges	2
Von Irina Pinchuk (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw) und Anastasiia Pinchuk (Eichhof-Stiftung Lauterbach)	
■ KARTE	
Angriffe auf die Gesundheitsinfrastruktur der Ukraine	6
■ ANALYSE	
Den Herausforderungen für die psychische Gesundheit ukrainischer Veteran:innen begegnen	7
Robert van Voren (Vytautas-Magnus-Universität Kaunas, Kaunas)	
■ UMFRAGEN	
Umfragen zur mentalen Gesundheit	10
■ STATISTIK	
Mentale Gesundheit: Die Ukraine im internationalen Vergleich	12
<hr/>	
■ CHRONIK	
01. – 15. Oktober 2023	13

Mentale Gesundheit in Zeiten des Krieges

Von Irina Pinchuk (Nationale Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw) und Anastasiia Pinchuk (Eichhof-Stiftung Lauterbach)

DOI: 10.31205/UA.290.01

Zusammenfassung

Das ukrainische Gesundheitswesen im Bereich der psychischen Gesundheit ist geprägt vom sowjetischen Erbe. Es ist nach Erlangung der Unabhängigkeit 1991 kaum reformiert worden und war nicht darauf vorbereitet, die Folgen eines großangelegten Krieges aufzufangen. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat immense Folgen für die psychische Gesundheit: Laut der UNO haben 15,6 Millionen Familien in der Ukraine eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit erlitten. Jede:r vierte Ukrainer:in ist in Gefahr, durch den Krieg verursachte psychische Störungen zu erleiden. Dienste zur psychischen Gesundheit sind stärker gefragt als je zuvor. Gleichzeitig ist das Gesundheitssystem selbst militärischen Angriffen ausgesetzt und steht unter großem Druck.

Das psychische Gesundheitssystem der Ukraine

In der Ukraine gibt es viele Ministerien und Behörden, die das Land aus sowjetischer Zeit übernommen hat. So haben viele von ihnen eigene Dienste für die psychische Gesundheitsversorgung: das Gesundheitsministerium, das Ministerium für Sozialpolitik, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, das Innenministerium, das Justizministerium und das Infrastrukturministerium. Dem Gesundheitsministerium unterstehen 61 spezielle psychiatrische Kliniken und 22 ambulante Stationen mit insgesamt 20.026 Psychatriebetten und rund 1.000 Betten für den Drogenentzug. Darüber hinaus gibt es in somatischen Krankenhäusern 23 psychiatrische Abteilungen zur stationären Behandlung sowie 704 psychiatrische Ambulanzen. Dem Ministerium für Sozialpolitik sind 282 Institutionen unterstellt, in denen 43.300 Patient:innen behandelt werden, darunter 1.500 Kinder.

Mit Stand vom 01. Januar 2023 waren 170.687 Menschen in psychiatrischer Behandlung (entspricht 392 pro 100.000 Menschen oder 0,4 %). Die Prävalenz betrug 1.770.875 (4.067 Fälle psychischer Erkrankungen pro 100.000 Menschen), das heißt, etwa 4 % der Bevölkerung litt an psychischen Erkrankungen.

Die Ukraine weist im internationalen Vergleich zwar eine sehr hohe Last durch Störungen der psychischen Gesundheit auf, gleichzeitig galt das Gesundheitswesen für psychische Erkrankungen lange als unzureichend. Zwar wurde im Jahr 2000 das Gesetz »Über das psychische Gesundheitswesen« verabschiedet, aber das nationale Gesundheitswesen in diesem Bereich blieb stark »sowjetisch« geprägt, was die Organisationsstruktur angeht. Hinzu kamen Probleme und Mängel wie: Stigmatisierung, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung von Menschen mit psychischen Störungen, Konzentration auf stationäre Behandlung, Finanzierung

nach Bettentagen, katastrophale Finanzierung ambulanter Behandlungen, unzureichende Finanzierung des Gesamtsystems, unpassender und ineffizienter Einsatz der verfügbaren Ressourcen, Trennung der Dienste für psychiatrische Behandlung und Drogenentzug, Mangel an Fachkräften zur Behandlung von Kindern mit psychischen Störungen.

Erst nach 2005 besserte sich allmählich die Lage, nachdem die Ukraine die *Mental Health Declaration for Europe* der WHO unterzeichnet hatte. Im gleichen Jahr wurde ein Länderbüro der WHO in Kyjiw eröffnet, das die Programme zur psychischen Gesundheit koordinieren sollte. 2006 wurde erstmals ein Konzeptentwurf für einen »*Mental Health Action Plan*« von einem Expert:innenteam unter WHO-Aufsicht erarbeitet. Die wichtigsten Ideen dieses Entwurfs bestanden in einer Schwerpunktverlagerung hin zu ambulanter Behandlung, einer Integration in die Primärversorgung, der Einführung evidenzbasierter Standards, dem Schutz der Rechte von Patient:innen und medizinischem Personal sowie einer Zusammenarbeit mit Patient:innen- und Angehörigen-Organisationen.

Allerdings wurde das *Mental Health Action Plan*-Konzept (im Weiteren: Konzept) jahrelang nicht verabschiedet, obwohl es auf vielen Konferenzen, Runden Tischen und Sitzungen erörtert wurde, und die Notwendigkeit einer Verabschiedung auf staatlicher Ebene auf der Hand lag. 2013 wurde das Konzept noch einmal überarbeitet, allerdings erneut nicht verabschiedet, dieses Mal wegen der Revolution der Würde, der Annexion der Krim und der Antiterror-Operation in der Ostukraine. Aufgrund der militärischen Kampfhandlungen und ihrer Folgen für die Psyche rückten Fragen der psychischen Gesundheit jetzt allerdings stärker in den Mittelpunkt des Interesses von Gesellschaft und Regierung. Es ergab sich eine Gelegenheit zur Reformierung des

Versorgungswesens im Bereich psychische Gesundheit, das immer noch stark unterfinanziert war: Während die Ukraine zu diesem Zeitpunkt 6,25 US-Dollar pro Kopf für psychische Gesundheit ausgab, waren es in einkommensstärkeren Ländern im Schnitt fast zehnmal so viel.

Das Konzept wurde am 27. Dezember 2017 vom Ministerkabinett gebilligt und schließlich wurde der Mental Health Action Plan (MHAP) vier Jahre später, am 10. Oktober 2021, vom Ministerkabinett verabschiedet. Für Anfang 2022 war geplant, auf Grundlage des MHAP Reformen zu beginnen und umzusetzen, doch die großangelegte russische Invasion stoppte alle Pläne abermals.

Nennenswert ist darüber hinaus die Schaffung neuer mobiler Teams für psychische Gesundheit auf kommunaler Ebene, die als Erfolg gelten. Sie begannen als humanitäres Projekt der WHO im Jahr 2015, und 2022, nach einer erfolgreichen Projektphase, erhielten 65 mobile Teams eine staatliche Finanzierung. Sie erwiesen sich besonders zu Beginn der groß angelegten russischen Invasion als hilfreich, als die stationäre Versorgung für eine gewisse Zeit desorganisiert war und die mobilen Teams die Menschen in Not erreichen konnten.

Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für die psychische Gesundheit

Das ukrainische Volk hat im vergangenen Jahrhundert eine Reihe kollektiver traumatischer Erlebnisse durchgemacht: die Oktoberrevolution, den Holodomor, die Repressionen unter Stalin, den Zweiten Weltkrieg und die atomare Katastrophe 1986 in Tschernobyl. Es hat sich an kritische Situationen gewöhnt. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit haben die Annexion der Krim und der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine zu einer humanitären Krise mit einer großen Zahl von Binnenflüchtlingen und menschlichen Opfern geführt, was erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit hatte. Von 2014 bis zur großangelegten russischen Invasion 2022 sind über 14.000 Menschen umgekommen und Millionen geflohen.

Nach Beginn der großangelegten Invasion am 24. Februar 2022 ist das gesamte Land unmittelbar von Raketen- und Drohnenangriffen betroffen sowie von einer ständigen Gefahr davon. Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO hat 9.614 getötete Zivilist:innen und 17.535 Verletzte registriert, räumt aber zugleich ein, dass die tatsächlichen Zahlen viel höher sein dürften. Einer repräsentativen Umfrage vom Juni 2023 zufolge haben 78 % der Ukrainer:innen Freund:innen oder enge Verwandte, die im Zuge der russischen Invasion umkamen oder verletzt wurden.

Bei einem Blick auf die gegenwärtige Situation beobachten wir eine anhaltende, kollektive Traumatisierung einer ganzen Gesellschaft; traumatisierende Informatio-

nen, die intensiv über (soziale) Medien verbreitet werden; Millionen von Flüchtenden innerhalb wie außerhalb des Landes sowie auseinandergerissene Familien. Einer Studie zufolge, die kürzlich von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) erstellt wurde, sind in der Ukraine geschätzt 32 Millionen Menschen direkt oder indirekt vom Krieg betroffen. 15,6 Millionen Familien berichten über eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit.

Besonders gefährdete Gruppen

Kinder zählen zu der Bevölkerungsgruppe, die besonders verwundbar ist. Der Generalstaatsanwaltschaft und der Nationalen Polizei der Ukraine zufolge sind mit Stand vom 6. Oktober diesen Jahres 505 ukrainische Kinder ums Leben gekommen. 1.129 wurden verwundet, 1.206 sind verschwunden und 19.546 wurden verschleppt. 13 Kinder wurden Opfer sexualisierter Gewalt. Aufgrund der aktuellen Kriegshandlungen und der vorübergehenden Besetzung von Teilen des ukrainischen Territoriums ist es unmöglich, die genaue Anzahl verletzter Kinder festzustellen.

Daten zeigen, dass in der seit 2014 umkämpften Region Donezk bereits vor Beginn der großangelegten Invasion 60,2 % der Jugendlichen bewaffnete Angriffe miterlebt haben; 13,9 % wurden Opfer von Gewalt und 27,9 % mussten ihr Zuhause verlassen. Sie hatten ein beträchtlich erhöhtes Risiko, eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zu erleiden sowie schwere Angstzustände und mittelschwere bis schwere Depressionen.

Mehr als acht Millionen Ukrainer:innen befinden sich als Flüchtende in Europa. Die größte Gruppe bilden Frauen zwischen 18 und 59 Jahren mit Kindern zwischen 5 und 17 Jahren. Über 5,3 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes geflüchtet. Die meisten, die das Land verlassen haben, sind von ihren Familienangehörigen getrennt.

Es gibt inzwischen viele wissenschaftliche Arbeiten zur psychischen Gesundheit ausgewanderter Ukrainer:innen. Geflüchtete Frauen in Deutschland berichteten von beträchtlich vermehrten psychischen Störungen, Depressionssymptomen und Angstzuständen. 26,4 % der Binnengeflüchteten berichteten von Wut, 28,9 % von schweren Angstzuständen, 57 % von Depressionen und 17,1 % von Schlafstörungen. 40,5 % der Flüchtenden auf dem Transitweg in Polen berichteten von Wut, 53 % von Angstzuständen, 57 % von Depressionen und 15,2 % von Schlafstörungen.

Die ersten Forschungen zur psychischen Gesundheit von Militärangehörigen in der Ukraine ergaben, dass Angstzustände (44,4 %) und Depressionen (43,3 %) besonders häufig sind, aber auch Schlaflosigkeit (12,4 %) ist ein typische Folge von Menschen, die unmittelbar

an Kampfhandlungen beteiligt waren. Dabei gab es bei den Einheiten der Territorialverteidigung, die aus nicht professionellen Soldat:innen bestehen, häufiger Symptome als bei der regulären Armee.

Angriffe auf die psychische Gesundheitsversorgung

Seit Beginn der großangelegten Invasion hat es über 1.100 Angriffe auf das Gesundheitswesen gegeben, bei denen 481 Krankenhäuser oder Kliniken zerstört wurden. Dabei wurden mehr als 150 Mitarbeiter:innen des medizinischen Personals getötet und über 110 verletzt.

Zehn der 61 psychiatrischen Kliniken unter Obhut des Gesundheitsministeriums wurden beschädigt, sechs davon vollständig zerstört. Die Ukrainische Psychiatrische Gesellschaft hat zwei Umfragen unter Psychiatrien durchgeführt. Über einen Online-Fragebogen wurden die Leitungen von 32 stationären Einrichtungen in allen Teilen der Ukraine befragt, was 52,5 % der stationären psychiatrischen Kliniken im Land sind. Erhoben wurden Daten zu Krankenhausaufnahmen, zum Personal, zur empfangenen humanitären Hilfe und den Bedarfen der einzelnen Einrichtungen. Die Patientenaufnahmen sind von Januar 2022 bis April 2022, also nach Kriegsbeginn, um 23,5 % zurückgegangen. Die Einrichtungen berichteten von personellen Problemen, wobei 9,1 % aller Mitarbeiter:innen flüchteten und 0,5 % verwundet wurden. Die Struktur des Gesundheitssystems im Bereich psychischer Gesundheit ist schwer beschädigt worden. Es herrscht einerseits Personalmangel und gleichzeitig erfolgt eine beträchtliche Zahl der Krankenhausaufnahmen aufgrund von akuter Kriegstraumata.

Zu den Folgen der ersten sechs Kriegsmonate für die psychiatrische Versorgung zählten die Schließung von Einrichtungen aufgrund von Kampfhandlungen, Zerstörungen oder der Besetzung von Gebieten; Zerstörung und Schließung von pharmazeutischen Fabriken; mangelnde Medikamentenvorräte in den Apotheken; Unterbrechung der Lieferketten; Folgen der Medikamentenknappheit hinsichtlich des Schwarzmarktes für Medikamente und steigender Preise; eingeschränkter Zugang zu medizinischen Materialien und Medikamentenknappheit durch Überlastung der Dienste in den westlichen Regionen der Ukraine; Personalmangel und erhöhte Arbeitsbelastung des verbliebenen Personals; notwendige Evakuierungen von Personal und Patient:innen. Ende 2022 rückten andere Themen in den Vordergrund wie Gewalterfahrungen, körperliche Verletzungen und Krankheiten (kriegsbedingte sexualisierte Gewalt; Verlassen des Landes und Trennung von engen Angehörigen; Verlust von engen Angehörigen; Verlust von Haus und Einkommen; Unterbrechung von Bildung und Ausbildung. Aktuelle Probleme und Herausforderungen sind Landminen (30 % des ukrainischen Territoriums sind

vermint); Befreiung der besetzten Gebiete; Rückkehr von Kriegsgefangenen; die beträchtlichen Schäden für die Wirtschaft; weitreichende Zerstörungen und Schäden an Wohngebäuden und anderer Infrastruktur, einschließlich medizinischer Einrichtungen; Unterbrechungen der Lieferketten für Güter des Grundbedarfs, unter anderem Lebensmittel, Wasser und Medikamente.

Strategien zur Aufrechterhaltung der Dienste für psychische Gesundheit

Durch eine ganze Reihe von Maßnahmen ist es den psychischen Gesundheitseinrichtungen gelungen, ihre Aufgaben so gut es unter den Kriegsbedingungen möglich war zu erfüllen. Es wurden vereinfachte Einlieferungen und Vorgehensweisen eingeführt, um mit der Situation fertig zu werden. So wird aktuell beispielsweise keine Überweisung der Hausärzt:innen benötigt. Patient:innen werden selbst ohne Papiere behandelt und es wurden Verschreibungen für eine Fernbehandlung erlaubt. Dieser Wandel wurde von strukturellen und organisatorischen Veränderungen begleitet. So wurde die Einrichtung zusätzlicher Betten vorbereitet, Abteilungen wurden umgewidmet und es wurden z. B. eigene Küchen und Wäschereien geöffnet, um die Abhängigkeit von Dritten zu reduzieren. Auch im Bereich des Personals gab es Veränderungen, z. B. bei den Arbeitszeiten, Rotation durch verschiedene Abteilungen, Bereitstellung von Unterkünften für das Personal in den medizinischen Einrichtungen (falls es Probleme gibt mit Transport, Ausgangssperren, Sicherheit), Bereitstellung von Lebensmitteln für das Personal, eine Kombination von Online- und Offline-Arbeit, finanzielle Hilfen für Mitarbeiter:innen, die verwundet wurden oder Verluste erlitten haben. Medizinische Einrichtungen wurden bei Bedarf in andere Gebäude oder benachbarte Institutionen verlegt, Grundstücke und Gebäude wurden wiederhergerichtet sowie Patient:innen und Personal evakuiert. Darüber hinaus wurden vielfältige Vorsorgemaßnahmen getroffen: z. B. durch die Einrichtung von Luftschutzräumen, in denen Patient:innen, deren Angehörige und Personal untergebracht werden können; durch die Bereitstellung von Energie und Generatoren für den Fall von Stromausfällen; durch das Anlegen von Vorräten an Medikamenten, wichtigen Materialien und Benzin sowie durch die Einrichtung von humanitären Anlaufstellen. Eine große Bedeutung gewann auch die Zusammenarbeit mit Freiwilligen, internationalen Stiftungen, karitativen Organisationen und Unternehmen vor Ort. Diese versorgten die Einrichtungen mit benötigten Materialien und Medikamenten. Sie unterstützten zudem Patient:innen mit Kleidung, Hygieneprodukten, Transport oder bei der Wohnungssuche.

Darüber hinaus ist auch der Staat bemüht, die psychische Gesundheitsversorgung angesichts der kriegs-

bedingten Herausforderungen zu verbessern. So riefen das Büro der First Lady Olena Selenska, das Gesundheitsministerium und andere Partner im Juni 2022 das Allukrainische Programm für psychische Gesundheit ins Leben. Das übergeordnete Ziel des Programms ist es, die Leiden zu mildern sowie die psychische Gesundheit und den psychosozialen Zustand der betroffenen Bevölkerung zu verbessern. Als Teil dieses Programms wurde ein Koordinationszentrum für psychische Gesundheit beim Ministerkabinett der Ukraine eingerichtet. Und das Ministerkabinett der Ukraine verabschiedete eine Road Map zur psychischen Gesundheit und der psychosozialen Versorgung während des Krieges – und für danach. Denn mit dem Ende des Krieges beginnt für viele traumatisierte Menschen erst ein langwieriger Aufarbeitungsprozess, bei dem der psychischen Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle zukommt.

Ausblick

Angaben der WHO zufolge ist jede:r vierte Ukrainer:in dem Risiko ausgesetzt, durch den Krieg an psychischen

Störungen zu leiden. Die Ukraine erwartet eine erhöhte Prävalenz von PTBS und Depressionen, Drogenmissbrauch, entsprechende körperliche Probleme (Infektionen, Allergien, Herzkranzgefäß-Probleme, psychosomatische Beschwerden) und ein erhöhtes Risiko von Problemen für die psychische Gesundheit bei Kindern von Müttern mit PTBS. Daten eines Projektes zur Entwicklung eines nachhaltigen öffentlichen Gesundheitssystems zufolge ist zu erwarten, dass die Arbeitsbelastung auf sämtlichen Ebenen des Systems für die psychische Gesundheit zunehmen wird: Durch den Krieg werden ein bis zwei Millionen zusätzlicher Fälle von schweren oder mittelschweren psychiatrisch relevanten Störungen erwartet, die eine intensive Behandlung erfordern. Hinzu kommen zwei bis drei Millionen leichte psychiatrische Fälle, die eine weniger intensive psychologische Betreuung brauchen. 18 Millionen weitere Menschen bilden die Risikogruppe und werden Selbsthilfe, Hotlines und Hilfe durch die Gemeinschaft benötigen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorinnen

Prof. Dr. *Irina Pinchuk* ist Direktorin des Instituts für Psychiatrie der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw. Sie ist Vizepräsidentin der Ukrainischen Psychiatrischen Gesellschaft und hat lange Erfahrung in der klinischen Arbeit mit Erwachsenen mit psychischen Erkrankungen und Substanzkonsumstörungen.

Anastasia Pinchuk ist Psychiaterin bei der Eichhof-Stiftung in Lauterbach.

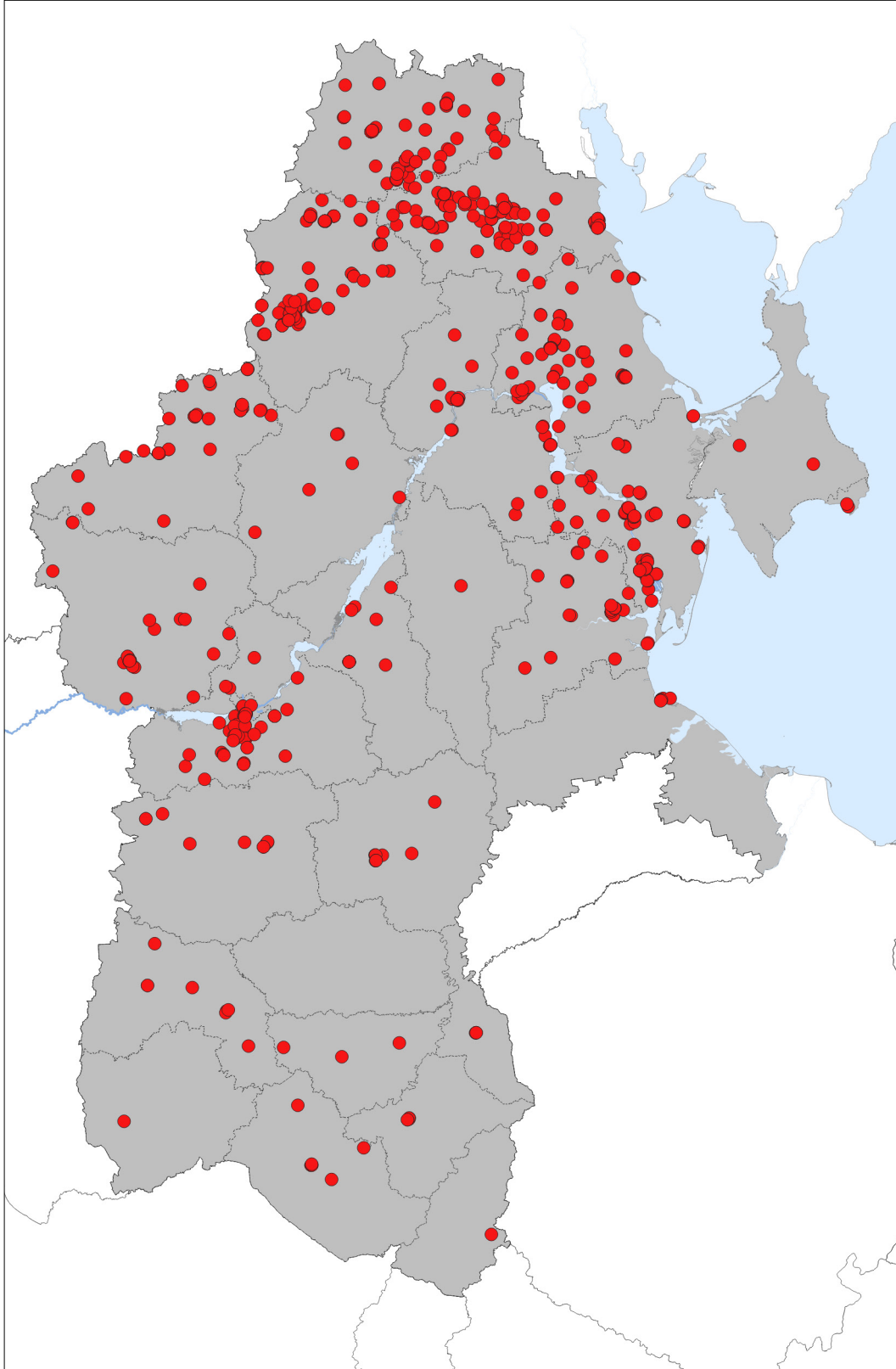
Bibliografie

- Buchcik, J.; V. Kovach, A. Adedeji: Mental health outcomes and quality of life of Ukrainian refugees in Germany, in: *Health and Quality of Life Outcomes*, 2023, Nr. 21:23; <https://hqlo.biomedcentral.com/articles/10.1186/s12955-023-02101-5>.
- Goto, R; I. Pinchuk, O. Kolodezhny, N. Pimenova, N. Skokauskas: Mental health services in Ukraine during the early phases of the 2022 Russian invasion, in: *The British Journal of Psychiatry*. 222.2023, Nr. 2, S. 82–87; doi:10.1192/bjp.2022.170.
- IOM: National study of the vulnerability of the population to human trafficking and exploitation in the war. Oktober 2022; https://ukraine.iom.int/sites/g/files/tmzbd11861/files/documents/Survey%20results_ENG_web.pdf
- Osokina, O.; S. Silwal, T. Bohdanova, M. Hodes, A. Sourander, N. Skokauskas: Impact of the Russian Invasion on Mental Health of Adolescents in Ukraine, in: *Journal of the American Academy of Child & Adolescent Psychiatry (JAACAP)*, 62.2023, Nr. 3, S. 335–343, 28. Oktober 2022; <https://doi.org/10.1016/j.jaac.2022.07.845>.
- Pavlova I.; L. Graf-Vlachy, P. Petrytsa, S. Wang, S. X. Zhang: Early evidence on the mental health of Ukrainian civilian and professional combatants during the Russian invasion. *Eur Psychiatry*. 65.2022, Nr. 1:e79, 21. November 2022; <https://doi.org/10.1192/j.eurpsy.2022.2335>.
- Pinchuk, I.; R. Goto, O. Kolodezhny: Dynamics of hospitalizations and staffing of Ukraine's mental health services during the Russian invasion, in: *International Journal of Mental Health Systems*, 2023, Nr. 17, 20; <https://doi.org/10.1186/s13033-023-00589-4>
- Physicians for Human Rights: Report – Destruction and Devastation. One Year of Russia's Assault on Ukraine's Health Care System, 21. Februar 2023; <https://phr.org/our-work/resources/russias-assault-on-ukraines-health-care-system/>
- Rizzi, D.; G. Ciuffo, G. Sandoli, M. Mangiagalli, P. de Angelis, G. Scavuzzo, M. Nych, M. Landoni, C. Ionio: Running Away from the War in Ukraine: The Impact on Mental Health of Internally Displaced Persons (IDPs) and Refugees in Transit in Poland, in: *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 2022;Nr. 19(24):16439, 8. Dezember 2022; <https://doi.org/10.3390/ijerph192416439>.
- WHO: Ukraine. WHO Special Initiative for Mental Health Situational Assessment, 2020; <https://www.msp.gov.ua/news/21859.html>

KARTE

Angriffe auf die Gesundheitsinfrastruktur der Ukraine

Karte 1: Angriffe auf die Gesundheitsinfrastruktur der Ukraine 15. Februar 2022 – 24. September 2023



Datenquellen: Für die Angriffe auf die Gesundheitsinfrastruktur: Insecurity Insight, 2023. 2016-2023 Ukraine Attacks on Health Care Incident Data, v. 09 October 2023. Geneva, Switzerland: Insecurity Insight. Für die übrigen Geodaten: OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org/copyright>). Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Den Herausforderungen für die psychische Gesundheit ukrainischer Veteran:innen begegnen

Robert van Voren (Vytautas-Magnus-Universität Kaunas, Kaunas)

DOI: 10.31205/UA.290.02

Zusammenfassung:

Schätzungen zufolge gibt es bereits mehr als 600.000 ukrainische Veteran:innen mit teils traumatisierenden Fronterfahrungen. Etwa 50.000 – 60.000 Veteran:innen werden vermutlich professionelle psychologische Hilfe benötigen. Um die mentale Gesundheit der Betroffenen langfristig zu gewährleisten, benötigt die Ukraine ein modernes psychologisches Behandlungsnetz.

Einführung

Der Krieg in der Ukraine, der nun schon 20 Monate lodert, hat unaussprechlichen Horror und vermutlich einige hunderttausend Opfer unter der Zivilbevölkerung und bei Militärangehörigen mit sich gebracht. Eine sehr große Anzahl Männer und Frauen haben sich den Streitkräften oder Freiwilligenverbänden angeschlossen. Schätzungen zufolge haben mindestens 600.000 ukrainische Männer und Frauen Fronterfahrungen gemacht. Und diese Zahlen werden mit der Zeit steigen. Zwar ist jede Front anders, doch erinnern die im Süden und Osten der Ukraine stark an die schlimmsten Formen des Stellungskrieges im Ersten Weltkrieg in Nordfrankreich und in Südbelgien.

Angesichts der Statistiken aus anderen Ländern mit einer hohen Anzahl Kriegsveteran:innen wird deutlich, dass die Ukraine einen riesigen Bedarf an ganzheitlichen und fortschrittlichen Rehabilitationsangeboten haben wird, um die physischen Folgen des Krieges zu lindern. Es wird aber auch eine psychologische Behandlung vonnöten sein, und zwar nicht nur bei denen, die direkt betroffen sind (die Kriegsveteran:innen), sondern auch in deren unmittelbarer sozialer Umgebung, also bei Partner:innen, Kindern, anderen Familienangehörigen, Freund:innen und Nachbar:innen. Die Traumata werden sich aber nicht auf die gegenwärtige Generation beschränken, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach generationenübergreifend wirken. Das erfordert Investitionen in langfristige Behandlungsangebote.

Bei einem Vergleich mit Daten aus anderen Ländern, etwa aus dem Vereinigten Königreich, muss eine Reihe Faktoren berücksichtigt werden. Ein sehr wichtiger Faktor ist der Umstand, dass die Ukrainer:innen auf ihrem eigenen Boden kämpfen und ihre Heimat verteidigen. Sie werden im Allgemeinen stark von der Gesellschaft unterstützt, und die meisten, wenn nicht gar alle Einheiten haben eine »Heimatfront«, die sie mit materieller Hilfe unterstützt. Diese reicht von Nahrung und Medikamenten bis hin zu spezieller Militärkleidung, Droh-

nen und Fahrzeugen. Negative Faktoren sind die Grausamkeit des Krieges mit Nahkämpfen in völlig zerstörten Gebieten und wenig Schutz sowie der Umstand, dass viele relativ jung sind, freiwillig kämpfen und keine professionellen Soldat:innen sind und bisher keine militärische Erfahrung hatten. Es ist zu erwarten, dass die Zahlen derjenigen, die nach ihrer Entlassung aus der Armee professionelle Hilfe benötigen, höher als im Vereinigten Königreich sein werden.

Langfristige Folgen

Das Verteidigungsministerium, das Ministerium für Veteran:innen und andere staatliche Behörden drängen bei westlichen Partnern auf den Erhalt von Geldern und Expertise, um in der Ukraine das fortschrittliche Behandlungsniveau der Einrichtungen in den westlichen Ländern zu erreichen. So sehr auch in diese Rehabilitationszentren investiert wird, die Behandlung in einem Reha-Zentrum ist nicht für alle zugänglich. Und sie ist nur der Anfang des langen Weges zur Heilung. Wenn auf der lokalen Ebene keine Folgeangebote verfügbar sind, könnte ein Großteil der Bemühungen gefährdet oder vergebens sein, wenn ein:e Veteran:in in seine/ihre zivile Umgebung zurückkehrt, allein dasteht und versuchen muss, mit den heftigen Folgen der körperlichen und psychischen Schädigung umzugehen.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen und eine langfristige strukturierte Unterstützung zu bieten, muss auf lokaler Ebene eine **Kette von Folgeangeboten** entwickelt werden, die ein Netz von Hilfen anbieten und den Reha-Prozess professionell und effektiv fortführen. Von zentraler Bedeutung ist auch, dass bei der Entwicklung von Angeboten körperliche und psychische Bedürfnisse in eine balancierte Übereinstimmung gebracht werden. Außerdem müssen angemessene Koordinierungs- und Screening-Methoden eingeführt werden, um eine ungleiche Verteilung der Ressourcen zu vermeiden. Damit soll auch Korruption vorgebeugt und sollen Doppelungen vermieden werden. Angesichts

der aktuellen Realitäten vor Ort und der Vielzahl von Behörden, die beteiligt sein werden, dürfte das zweifellos eine große Herausforderung darstellen, allerdings eine, die angemessene Aufmerksamkeit verdient.

Zu diesem Zweck sollte die oben erwähnte Kette staatliche, nichtstaatliche und gemeinnützige Dienste umfassen, die zusammen ein ganzheitliches, fortschrittliches Reha-Programm für Veteran:innen und psychosoziale Unterstützung für deren unmittelbare Umgebung bieten. Ebenso sind eine strukturierte und einheitliche Methodologie sowie ein Ausbildungsprogramm erforderlich, die ein Netz aus lokalen und regionalen Reha-Zentren dicht an der Lebensumgebung der Klientel bilden. Diese besteht sowohl aus den Veteran:innen selbst wie auch aus deren unmittelbarem sozialen Umfeld (Partner:in, Kinder, Freund:innen, und direkte soziale Kontakte). Natürlich müssen auch die Bedürfnisse weiblicher Klientinnen gemäß den aktuellsten Richtlinien zu Gleichstellung und Inklusion berücksichtigt werden.

Zahlen

Schätzungen zufolge haben, wie erwähnt, 600.000 Männer und Frauen eine Fronterfahrung hinter sich. Internationale Statistiken deuten darauf hin, dass unter »normalen« Umständen etwa 30.000 von ihnen professionelle psychologische Hilfe benötigen werden. Angesichts der grausamen Zustände in den Schützengräben im Süden und Osten der Ukraine, und des Umstandes, dass viele Militärangehörige nur begrenzt auf das vorbereitet wurden, was sie jetzt erleben, sowie der relativ hohen Zahl von Freiwilligeneinheiten, ist zu erwarten, dass diese Zahl beträchtlich höher sein wird. Darüber hinaus werden viele, die Gliedmaßen verloren haben, psychologische Unterstützung benötigen. Daher schätzen wir, dass derzeit wohl 50–60.000 Personen professionelle Hilfe brauchen werden.

Die erwähnten Reha-Zentren werden wie gesagt lediglich einen begrenzten Prozentsatz der riesigen Klientel behandeln können. Das bedeutet: Den meisten der betroffenen Veteran:innen muss in anderen Einrichtungen geholfen werden. Gleichzeitig werden jene, die eines der erwähnten Reha-Programme durchlaufen haben, Folgeangebote wahrnehmen müssen, sobald sie an ihren Wohnort zurückgekehrt sind. Andernfalls wären die therapeutischen Erfolge des Reha-Programms gefährdet. Darüber hinaus deuten Untersuchungen unter Veteran:innen in Großbritannien, die im Irak und in Afghanistan gewesen waren, darauf hin, dass eine beträchtliche Anzahl von ihnen nach der Rückkehr ins Zivilleben Gewalttaten verüben könnten. Da kann es z. B. um häusliche Gewalt oder eine Verwicklung in Schlägereien usw. gehen. Forschende haben zudem festgestellt, dass psychische Probleme, die sich nach einem Einsatz einstellen, in erheblichem Maße das Risiko erhöhen, dass Gewalttaten verübt werden.

Im Vereinigten Königreich waren 17 Prozent des betreffenden männlichen Militärpersonals in ihrer Lebensspanne auf irgendeine Art straffällig geworden. Gewalttäter (11 %) stellen die größte Gruppe. Ein Einsatz war nicht stringent mit einem erhöhten Risiko von Gewalttaten verbunden, doch ein Dienst in kämpfender Funktion brachte – auch nach Ausschaltung möglicher Störfaktoren – ein erhöhtes Risiko mit sich: Gewalttaten bei 6,3 % der männlichen Militärangehörigen mit Kampfeinsatz gegenüber 2,4 % bei denen ohne Kampfeinsatz. Ein stärkeres Erleben traumatisierender Ereignisse während des Einsatzes erhöhte ebenfalls das Risiko von Gewalttaten (bei 4,1 % der Männer mit zwei bis vier traumatisierenden Erlebnissen gegenüber 1,6 % bei denen mit keinem oder einem Erlebnis; und es gab Gewalttaten bei 5,1 % der Männer mit 5–16 traumatisierenden Erlebnissen). Gewalttaten korrelierten stark mit Alkoholmissbrauch nach dem Einsatz. Siehe hierzu: Deirdre MacManus et.al.: *Violent offending by UK military personnel deployed to Iraq and Afghanistan: a data linkage cohort study*, in: *Lancet*, März 2013 ([https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(13\)60354-2](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(13)60354-2)).

Es ist zu erwarten, dass dies in der Ukraine nicht anders sein wird. Neben einer Vorbereitung des Strafvollzugswesens auf die Aufnahme von Veteran:innen, die aufgrund eines Kriegstraumas straffällig wurden, müssen mehrere wichtige Schritte unternommen werden, um eine katastrophale Situation zu vermeiden: Gemäß der ukrainischen Gesetzgebung sind straffällige Veteran:innen in gleicher Weise wie Zivilist:innen zu verurteilen, weswegen also ein Trauma beim Urteil nicht berücksichtigt würde. Richter in der Ukraine verfügen nicht über die notwendigen Grundkenntnisse über psychische Gesundheit und Verhaltensweisen aufgrund einer psychiatrischen Erkrankung. Und in der Ukraine gibt es kein funktionierendes System, bei dem eine verringerte Zurechnungsfähigkeit in ein kombiniertes Strafurteil (z. B. eine kürzere Haftstrafe plus psychiatrische Behandlung) oder alternative Strafmethoden übertragen würde. In der Praxis bedeutet dies, dass Veteran:innen, die einen Mord oder einen Totschlag begangen haben, entweder in der Psychiatrischen Spezialklinik in Dnipro oder im Gefängnis landen. In beiden Fällen ist der Mindestaufenthalt mehr oder weniger gleich lang, und die Folgen sind in beiden Fällen verheerend. Sieben oder acht Jahre »Behandlung« mit Mitteln wie Haloperidol oder Aminazin (Chlorpromazin) haben einen fundamental destruktiven Effekt. Für weitere Informationen zur forensischen psychiatrischen Behandlung in der Ukraine siehe: *Review of forensic psychiatric and prison mental health services in Ukraine and the development of a Plan of Action*.

Um das Strafvollzugswesen der Ukraine auf dieses Szenario vorzubereiten, hat das ukrainische Justizminis-

terium in Zusammenarbeit mit der »Federation Global Initiative on Psychiatry« (FGIP) ein Projekt gestartet, mit dem eine Spezialeinheit für Veteran:innen gebildet werden soll, die in die Vollzugsanstalt der Stadt Drohobych eingewiesen werden. Das Projekt wird vom niederländischen Außenministerium finanziell unterstützt. Es basiert auf einen Reformplan, auf den sich das Justizministerium und die FGIP Ende 2019 einigten. Es wurde wegen der Corona-Pandemie unterbrochen. Der Plan ist jetzt modifiziert worden, um die Folgen des Krieges zu berücksichtigen. Jetzt hat im September 2023 der erste Ausbildungskurs stattgefunden. Ein Folgekurs soll 2024 organisiert werden. Darüber hinaus wird im November 2023 zusammen mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) für bis zu 50 Ukrainer:innen, die mit Veteran:innen arbeiten werden, ein Training durchgeführt. Ein wichtiges Ziel ist hier, die »Akteure des Wandels« zu identifizieren, in die weiter investiert werden sollte.

Exzellenzzentrum

Ein gut funktionierendes und umfassendes Rehabilitierungsangebot, das den Bedürfnissen der riesigen Zielgruppe entspricht, sollte auf einer Reihe von Säulen ruhen:

- Einer stimmigen Methodologie, die evidenzbasiert ist und anhand ukrainischer wie auch internationaler Best Practice entwickelt wurde, die in den sozio-ökonomischen und wirtschaftlichen Kontext der Ukraine passt und unter Nachkriegsbedingungen nachhaltig ist;
- einer Forschung, die sämtliche notwendigen Daten liefert, um Angebote zu entwickeln und zu planen, sie durch ein laufendes Monitoring zu begleiten und die dort notwendigen Änderungen zügig umzusetzen;
- einer Ausbildung neuer Arbeitskräfte, die sowohl aus Fachkräften für psychische Gesundheit wie auch aus Freiwilligen und Personen mit realer Erfahrung bestehen, insbesondere auf einer Ausbildung von Trainer:innen, die in der Lage wären, Tausende anderer auszubilden, die benötigt werden. Das bezieht Fachkräfte für psychische Gesundheit mit ein, aber auch Sozialarbeiter:innen, Jurist:innen und Freiwillige. Ein beträchtlicher Teil der Arbeitskräfte könnten und sollten Personen mit realer Erfahrung (andere Veteran:innen) sein. Wie viele benötigt werden, ist nur schwer abzuschätzen; es wird von der Dauer des Krieges abhängen. Es dürfte aber in die Zehntausende gehen.

Die Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw entwickelt gegenwärtig zusammen mit der FGIP ein »Exzellenzzentrum für die psychische Gesundheit von Veteran:innen« auf Basis des Instituts für Psychiatrie der

Universität. Das Institut hat ein zweistöckiges Gebäude, das vor der Corona-Pandemie teilweise umgebaut wurde. Sobald es fertig wurde, konnte es sowohl das Expertise-Zentrum als auch eine klinische Abteilung beherbergen, die Dienste für Reha-Zentren anbietet, die nicht über eine psychologische/psychiatrische Expertise verfügen, und als Standort fungieren, an dem Fachkräfte aus regionalen Veteran:innen-Einrichtungen parallel zu ihrer Arbeit ein Training erhalten. Es gibt darüber hinaus eine Zusammenarbeit mit Expert:innen aus anderen Ländern: Mit dem King's Centre für Military Health Research (KCMHR) am King's College in London ist eine tragfähige Kooperation entwickelt worden. Das Netzwerk umfasst Expert:innen aus Kanada, Georgien, Litauen, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich.

Regionale und lokale Zentren

Ein Schritt, der eine Wende bringen könnte, wäre der Aufbau von regionalen und lokalen Veteran:innen-Zentren in der Nähe zukünftiger Klient:innen. Diese Zentren sollten Folgeangebote zu den Programmen der Reha-Zentren bieten, die vom Verteidigungsministerium, dem Veteran:innen-Ministerium oder anderen staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen initiiert wurden und als Filter für jene dienen sollen, die eine sehr spezielle Behandlung in der Zentralklinik benötigen.

Diese Reha-Zentren für Veteran:innen sollen Hilfen für die psychische Gesundheit anbieten, neben einer breiteren Palette von Leistungen (unter anderem Familienberatung, rechtliche und soziale Hilfen und Unterstützung im Alltag), um einer Stigmatisierung vorzubeugen, wie sie gewöhnlich jene erfahren, die um psychologische Hilfe nachsuchen. Sie sollen auch zusammen und auf integrative Weise mit den Diensten für körperliche Gesundheit arbeiten, insbesondere mit Blick auf körperliche Verletzungen und Schmerztherapien. Eine Vielfalt von Angeboten unter einem einzigen Dach würde eine gewisse Anonymität gewährleisten, die für eine höhere Zahl von Behandlungsfällen zuträglich wäre und im Gegenzug bessere Reha-Ergebnisse zeitigen würde. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die richtige Balance gefunden wird und die Zentren die Betroffenen nicht stigmatisieren und von der Gesamtgesellschaft trennen. Das ist eine Aufgabe, die viel Feingefühl und Umsicht erfordert.

Während diese Zentren eine vor allem therapeutische Rolle spielen, sollten sie auch eine wichtige soziale Funktion auf dem Weg zur Heilung erfüllen, indem sie einen kommunikativen und sozialen Raum schaffen, in dem die Betroffenen sich allmählich wieder mit der Gemeinschaft verknüpfen und einen gesunden Lebenswandel und -rhythmus wiedererlangen können. Die Konzen-

tration gilt hier vorwiegend häuslichen, kostengünstigen und ertragsreichen Strategien für eine langfristige Rehabilitation. Beispiele wären eine gemeindenahere Rehabilitation (Community-Based Rehabilitation – CBR) und Ansätze zur gegenseitigen Unterstützung. CBR wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstützt und verknüpft, stärkt und optimiert die Gemeinderessourcen, um den Bedürfnissen der Veteran:innen und ihrer Familien gerecht zu werden. Das reicht von grundlegenden Maßnahmen zur körperlichen Rehabilitation bis zur Wiedereingliederung in die Arbeitswelt. Gegenseitige Unterstützung der Betroffenen – eine Unterkomponente der CBR – hat sich als äußerst wichtiges Instrument erwiesen, wenn es nach einem Krieg um den Übergang vom Militär- zum Zivilleben geht, insbesondere, falls Behinderungen vorliegen.

Schlussfolgerungen

Die Auswirkungen des Krieges auf die psychische Gesundheit werden sich nicht nur bei den Zehntausenden Veteran:innen zeigen, die professionelle Hilfe benötigen werden. Auch deren unmittelbares Umfeld – Partner:innen, Kinder, andere Familienangehörige, Freund:innen und die jeweilige Gemeinschaft – wird betroffen sein. Investitionen in die entsprechenden Dienste werden dem psychischen Gesundheitssystem als Ganzes zu Gute kommen und den schnellen Start einer dringend notwendigen Reform initiieren, weg vom alten sowjetischen Modell einer überwiegend stationären Behandlung. Es ist zu hoffen, dass die internationale Förder-Gemeinschaft versteht, dass jetzt der richtige Moment für Investitionen ist, die diesen fundamentalen Wandel ermöglichen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

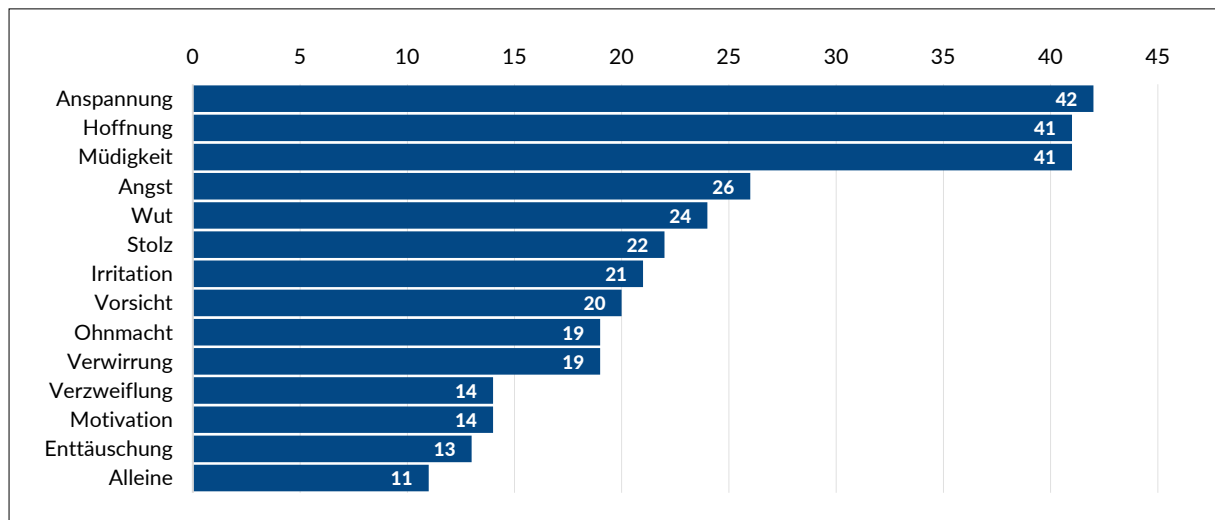
Über den Autor

Robert van Voren ist Professor für Sowjetische und postsowjetische Studien an der Vytautas-Magnus-Universität Kaunas und Leitender Geschäftsführer der FGIP. Er ist seit 1990 in die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens der Ukraine im Bereich psychische Gesundheit involviert.

UMFRAGEN

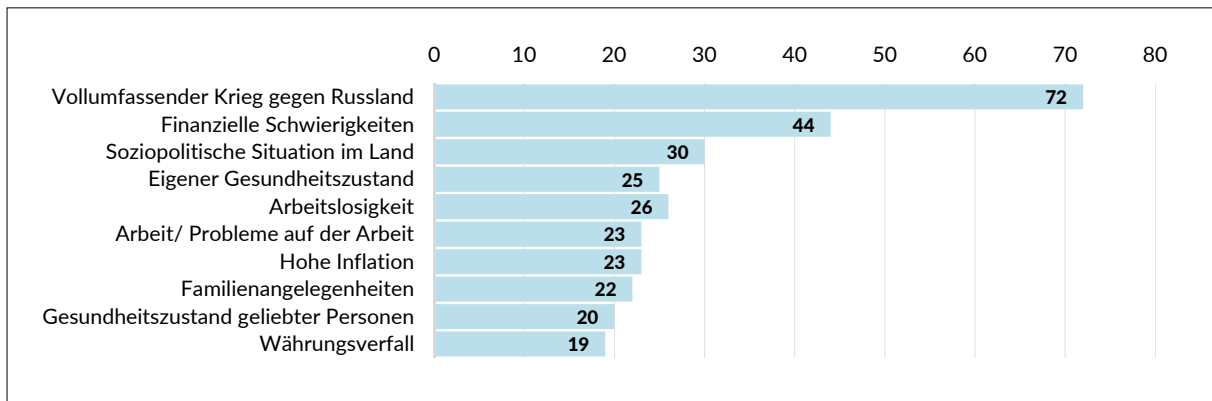
Umfragen zur mentalen Gesundheit

Grafik 1: Welche Emotionen dominieren in letzter Zeit Ihre Stimmung? (in %)

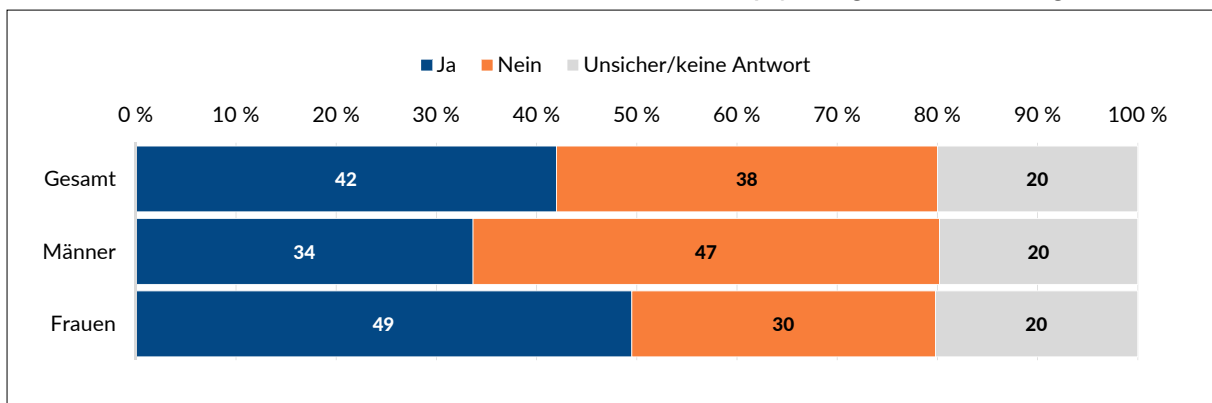


Anmerkung: Nur Nennungen über 10 %

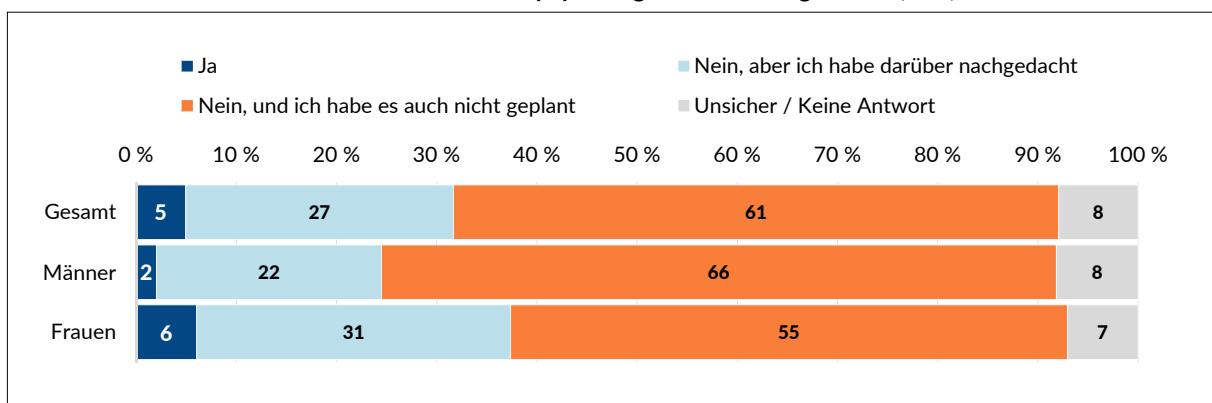
Quelle: Gradus. State of Ukrainians' Mental Health. Their Attitude Towards Psychological Help During the War, September 2022, https://gradus.app/documents/313/Gradus_Research_-_Mental_Health_Report_ENG.pdf.

Grafik 2: Ursachen für Stress und starke Nervosität in letzter Zeit (in %, Top 10)

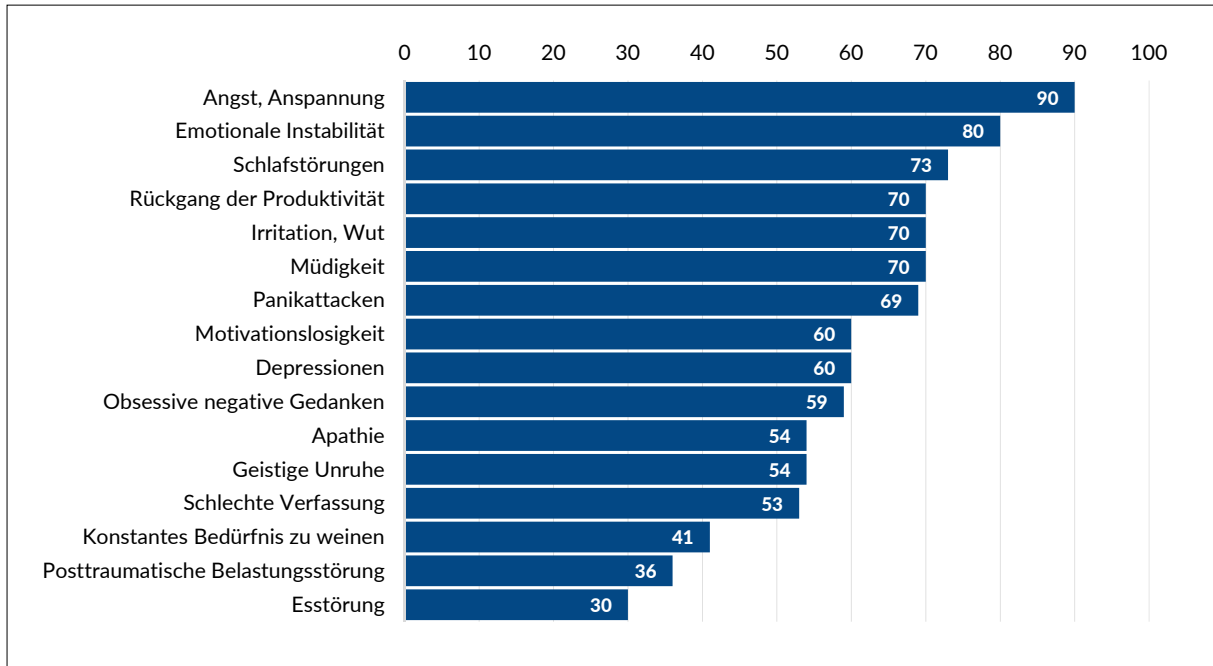
Quelle: Gradus. State of Ukrainians' Mental Health. Their Attitude Towards Psychological Help During the War, September 2022, https://gradus.app/documents/313/Gradus_Research_-_Mental_Health_Report_ENG.pdf.

Grafik 3: Hatten Sie in den letzten 6 Monaten das Gefühl, dass Sie psychologische Hilfe benötigen? (in %)

Quelle: Gradus. State of Ukrainians' Mental Health. Their Attitude Towards Psychological Help During the War, September 2022, https://gradus.app/documents/313/Gradus_Research_-_Mental_Health_Report_ENG.pdf.

Grafik 4: Haben Sie in den letzten 6 Monaten psychologische Hilfe aufgesucht? (in %)

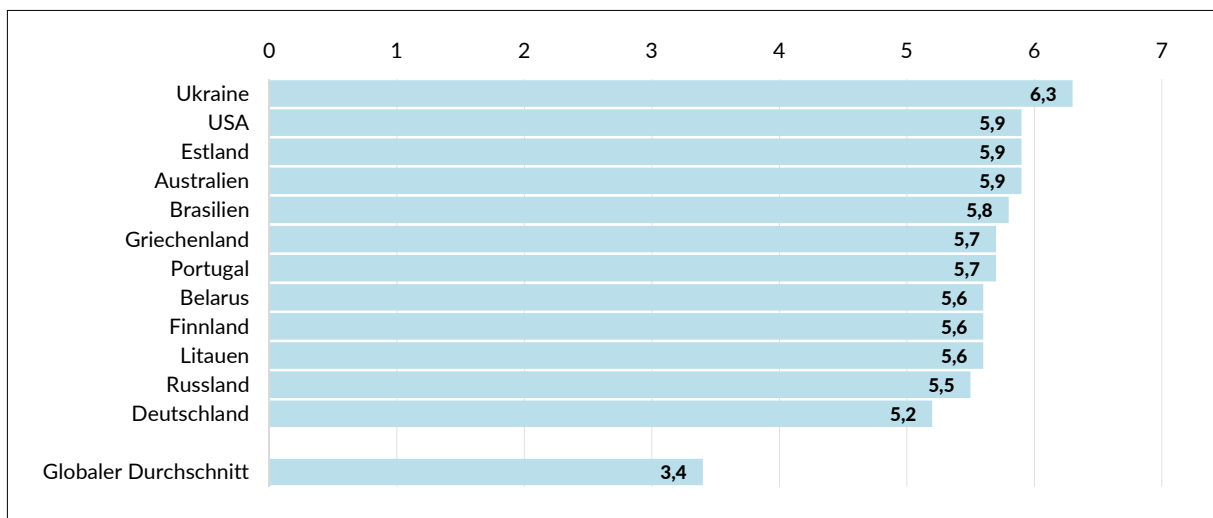
Quelle: Gradus. State of Ukrainians' Mental Health. Their Attitude Towards Psychological Help During the War, September 2022, https://gradus.app/documents/313/Gradus_Research_-_Mental_Health_Report_ENG.pdf.

Grafik 5: Mit welchen Problemen kamen die Menschen zu Ihnen, um sich psychologische Hilfe zu holen? (in %)

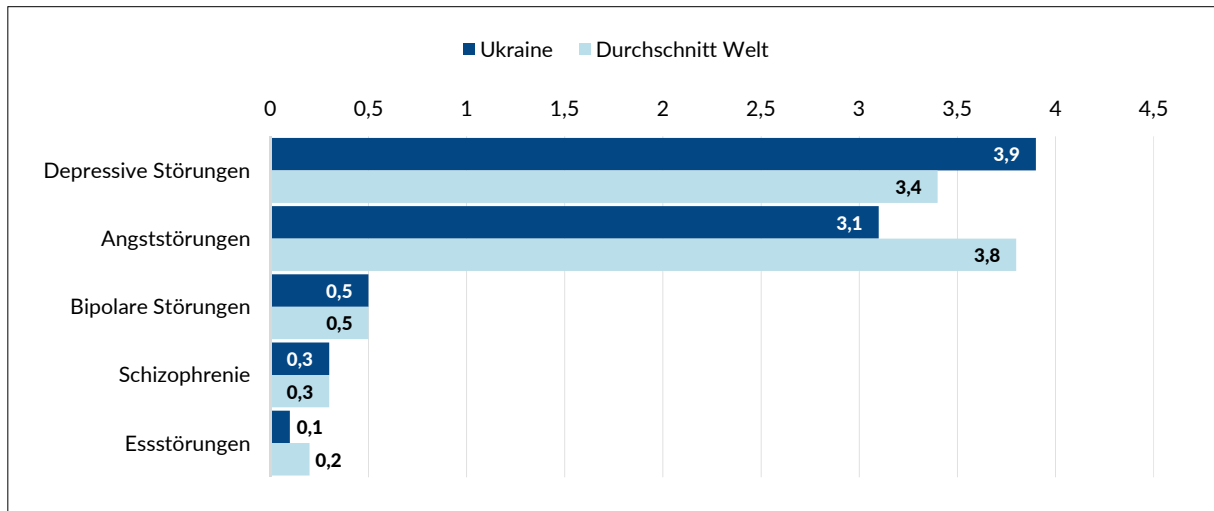
Quelle: Gradus. State of Ukrainians' Mental Health. Their Attitude Towards Psychological Help During the War, September 2022, https://gradus.app/documents/313/Gradus_Research_-_Mental_Health_Report_ENG.pdf.

STATISTIK

Mentale Gesundheit: Die Ukraine im internationalen Vergleich

Grafik 1: Länder mit den höchsten Depressionsraten

Quelle: World Health Organization (2017): Depression and Other Common Mental Disorders, <https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/254610/WHO-MSD-MER-2017.2-eng.pdf?sequence=1>.

Grafik 2: Häufigkeit psychischer Erkrankungen (in %)

Anmerkung: Die Daten geben den geschätzten Anteil der Menschen wider, die an einer psychischen Krankheit leiden, unabhängig davon, ob eine Diagnose gestellt wurde oder nicht, basierend auf repräsentativen Umfragen, medizinischen Daten und statistischen Modellen.

Quelle: Our World in Data 2019, <https://ourworldindata.org/mental-health>.

CHRONIK

01. – 15. Oktober 2023

01.10.2023	Anlässlich des »Tages der Verteidiger« sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass die Verteidigung der Ukraine auf der bisher größten gesellschaftlichen Einheit der Ukraine beruhe. Er führt weiter an, dass die Ukraine die historisch gesehen bisher größte Unterstützung anderer Länder erhalten habe und man die Zukunft des Landes nicht für illusorische Friedensversprechen hergeben werde. Die Ukraine habe ihre historischen Schlüsse gezogen.
01.10.2023	Russland meldet Raketen über der von Russland völkerrechtswidrig besetzten Krim abgefangen zu haben. Tote oder Verletzte habe es nicht gegeben.
01.10.2023	Es sind offenbar fünf Schiffe auf dem Weg zu den ukrainischen Schwarzmeerhäfen, um Getreide und andere Produkte zu laden. Außerdem sollen drei weitere Frachtschiffe ukrainische Häfen verlassen haben und ukrainischen Angaben zufolge landwirtschaftliche Produkte und Eisenerz nach China, Ägypten und Spanien bringen.
02.10.2023	Das Treffen der EU-Außenminister:innen findet in Kyjiw statt und damit erstmals in einem Land außerhalb der EU. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell sagt dazu via X (früher Twitter), dass dieses Treffen historisch sei in einem zukünftigen Mitgliedsstaat der EU. Auf dem Treffen bekräftigt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die gemeinsame Zusammenarbeit und fordert neue Sanktionen der EU gegen Russland.
02.10.2023	Das größte private ukrainische Energieunternehmen DTEK teilt via Telegram mit, dass russische Angriffe Lagerhäuser in der Oblast Dnipropetrowsk beschädigt hätten. Dabei seien Kabel, Transformatoren und andere elektrische Anlagen beschädigt worden.
02.10.2023	Die Polnische Rüstungsgruppe (PGZ) teilt mit, dass die Ukraine die erste Lieferung überholter Leopard-Panzer aus Polen erhalten habe. Die Panzer wurden in Polen nach Gefechtsschäden repariert.
02.10.2023	Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) teilt mit, dass der Bürgermeister von Sumy und der Leiter der Infrastrukturabteilung der Stadtverwaltung wegen Annahme von 2,13 Millionen Hrywnja (knapp 51.000 Euro) Bestechungsgeld verhaftet worden seien. Die Beamten wurden verhaftet, als sie die letzte Tranche des Bestechungsgeldes entgegennahmen.

03.10.2023	Bloomberg sagt, das US-Militär sei bereit, der Ukraine einige seiner mit Streumunition bewaffneten ballistischen Kurzstreckenraketen ATACMS zu liefern, sobald US-Präsident Joe Biden den Transfer genehmigt.
03.10.2023	Die Ukraine will 100 Hochspannungstransformatoren aus dem Ausland beschaffen, um sich auf russische Winterangriffe auf die Energieinfrastruktur vorzubereiten. Um sie vor künftigen russischen Angriffen zu schützen, sollen sie bis zu ihrem Einsatz in Polen oder Rumänien gelagert werden.
04.10.2023	Der Militärgheimdienst der Ukraine (HUR) gibt in einem Online-Video bekannt, dass ukrainische Spezialkräfte auf der von Russland besetzten Krim gelandet seien, um dort Kampfhandlungen durchzuführen.
04.10.2023	Russischen Berichten zufolge sollen ukrainische Drohnen in der Nacht ein russisches S-400-Luftabwehrsystem bei Belgorod getroffen haben.
04.10.2023	Das Institute for the Study of War (ISW) sagt, dass Satellitenbildern zufolge das russische Militär mindestens 10 Schiffe, darunter die Fregatten Admiral Makarow und Admiral Essen, in den letzten Tagen von Sewastopol auf der besetzten Krim nach Noworossijsk verlegt habe.
04.10.2023	Die Ermittlungen zur Ermordung der etwa 100 EuroMaidan-Demonstrant:innen in Kyjiw im Februar 2014 sind abgeschlossen, teilt die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft mit. Weil die Untersuchung zum Schluss kommt, dass der damalige Präsident Wiktor Janukowytsch und andere hochrangige Beamte zwischen dem 21. November 2013 und dem 18. Februar 2014 für die physische Gewalt gegen Demonstrant:innen verantwortlich waren, wird Janukowytsch offiziell wegen Mordes angeklagt.
04.10.2023	Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) weist die Behauptung Russlands kategorisch zurück, dass das Massaker im Gefängnis von Oleniwka durch eine ukrainische HIMARS-Rakete verursacht worden sei. Dies geht aus einem dazu vom OHCHR veröffentlichten Bericht zurück. Ende Juni 2022 starben durch eine Explosion 50 ukrainische Kriegsgefangene in einem Gefängnis im von Russland besetzten Oleniwka, 75 weitere wurden verletzt. Russland beschuldigte damals die Ukraine.
04.10.2023	In Lwiw eröffnet das 30. Lwiw BookForum, ein internationales Literaturfestival mit 150 Veranstaltungen und geschätzten 20.000 Besucher:innen. Im Zentrum steht der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, dem laut PEN Ukraine seit Beginn der Invasion mehr als 70 Kulturschaffende zum Opfer gefallen sind, darunter die prominente Schriftstellerin Viktoria Amelina, der beim BookForum mit einer Veranstaltung gedacht wird.
05.10.2023	Ein russischer Angriff auf das Dorf Hrosa im Gebiet Charkiw tötet insgesamt 59 Menschen, darunter ein 6-jähriges Kind. Führende Politiker:innen der USA und Europas verurteilen den russischen Angriff. Russlands entzetzlicher Terror gegen die ukrainische Zivilbevölkerung zeige keine Anzeichen eines Nachlassens und habe heute einen weiteren grausamen Meilenstein erreicht, erklärte EU-Spitzendiplomat Josep Borrell.
05.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist ins spanische Granada zu einem Gipfel mit etwa 50 europäischen Staats- und Regierungschef:innen. Zentrale Themen sind die russische Invasion der Ukraine und andere gemeinsame Sicherheitsfragen, z. B. im Südkaukasus. Selenskyj erklärt, dass die Stärkung der ukrainischen Luftverteidigungskapazitäten im Vorfeld des bevorstehenden Winters oberste Priorität für die Ukraine habe. Zur Gegenoffensive der Ukraine sagt er, dass die Ukraine Fortschritte mache, es jedoch an Waffen und Munition mangle. Außerdem machen die Minenfelder mitunter das größte Problem aus, so Selenskyj.
05.10.2023	Der Minister für digitale Transformation Mychajlo Fedorow sagt, dass ukrainische Hacker hinter einem massiven Angriff auf russische Flughäfen stecken würden. Zuvor wurden die größten russischen Flughäfen durch einen Cyber-Angriff massiv gestört.
06.10.2023	Bei seiner Abendansprache sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass Russland in diesem Winter versuchen werde, erneut die Energieinfrastruktur der Ukraine zu zerstören.
06.10.2023	Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) beschlagnahmt ukrainische Vermögenswerte der drei russischen Oligarchen Michail Fridman, Petr Aven und Andrej Kosogow im Wert von ca. 450 Millionen US-Dollar.
07.10.2023	Das russische Verteidigungsministerium meldet zwei Raketenangriffe auf die von Russland völkerrechtswidrig besetzte Krim, einen in der Nähe von Dschanskoy, wo sich ein Militärflughafen befindet, und einen zweiten in der Hafenstadt Ewpatorija.
07.10.2023	Mehrere Überschall-Marschflugkörper vom Typ Onyx treffen in der Oblast Odesa unter anderem Freizeiteinrichtungen und einen Getreidespeicher im Hafen. Durch Trümmer werden auch mehrere Apartments beschädigt.
07.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj verurteilt den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und solidarisiert sich mit Israel.
07.10.2023	Die Ministerin für Veteranenangelegenheiten, Julia Laputina, teilt mit, dass die Ukraine Wohnungen für 2.400 Veteran:innen zur Verfügung stelle.

08.10.2023	Der Sprecher der Luftwaffe Jurij Ihnat weist darauf hin, dass Russland eine Rekordzahl von iranisch produzierten Shahed-Drohnen gestartet habe. Die russischen Streitkräfte hätten allein im September über 500 Shahed-Drohnen bei Angriffen gegen die Ukraine eingesetzt.
08.10.2023	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte teilt mit, dass die Ukraine im Laufe des 8. Oktobers russische Angriffe in Richtung Kupjansk, Bachmut, Lyman, Awdijiwka und Marinka zurückgeschlagen habe.
08.10.2023	Der polnische Präsident Andrzej Duda sagt, dass es keinen diplomatischen Konflikt zwischen Polen und der Ukraine gäbe. Er betont jedoch, dass in den Beziehungen zu Kyjiw die polnischen Interessen immer Vorrang haben werden. Zuletzt gab es Verstimmungen zwischen den beiden Ländern, da Polen unter anderem das von der EU verordnete Getreideeinfuhrverbot für Getreide aus der Ukraine, was am 15. September offiziell auslief, zusammen mit anderen Staaten, eigenmächtig verlängert hatte.
09.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj setzt Ihor Tanzjura als Kommandeur der ukrainischen Territorialen Verteidigungskräfte ab und ersetzt ihn durch Anatolij Barhylewytsh.
09.10.2023	Die ukrainische Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko sagt, dass Schlüsselsektoren der Ukraine in diesem Jahr gewachsen seien. Sie stützt sich dabei auf vorläufige Schätzungen ihres Ministeriums. Das Baugewerbe steht mit einem Wachstum von 18,4 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres 2023 an der Spitze der Liste. Der Maschinenbau konnte um 12,9 Prozent und die Möbelproduktion um 11,6 Prozent zulegen. Die Nahrungsmittelverarbeitung wuchs unterstützt durch höhere Ernteerträge um 12,1 Prozent.
09.10.2023	Der Premierminister der Ukraine, Denys Schmyhal, sagt bei der Eröffnung von 15 mobilen Sicherheitsklassen für Schulkinder, dass 6 Millionen Menschen in der Ukraine durch Minen bedroht seien. Laut Schmyhal wurden in der Ukraine bislang rund 250 Menschen durch Landminen getötet und über 500 verletzt oder verstümmelt. Nach Angaben des Innenministeriums wurden bisher 152.000 Hektar Land entmint; dabei wurden mehr als 700.000 Sprengkörper sichergestellt.
09.10.2023	Laut dem Staatlichen Statistikamt sinkt die Inflation weiter auf 7,1 Prozent. 2022 lag die Inflationsrate noch bei 26,6 Prozent.
10.10.2023	Der Internationale Währungsfonds (IWF) erhöht die Prognose für das ukrainische Wirtschaftswachstum auf 2 Prozent im Jahr 2023, da das Land und die Wirtschaft sich inzwischen an die Kriegshandlungen angepasst haben.
10.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz, das die Wiederaufnahme der elektronischen Vermögenserklärungen für Beamte vorsieht und diese unverzüglich öffentlich zugänglich macht. Mit Beginn der russischen Völlinvasion wurde die Veröffentlichung der E-Deklarationen aus Sicherheitsgründen ausgesetzt. Die internationale Gemeinschaft und die ukrainische Zivilgesellschaft forderten seit längerem, die Erklärungen, mit Einschränkungen, wieder öffentlich zugänglich zu machen.
10.10.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass die ukrainische Regierung den heimischen militärisch-industriellen Komplex und die Fähigkeiten zur Herstellung von Drohnen unterstützen und ausbauen werde.
10.10.2023	Das Institute for the Study of War (ISW) sagt, dass Russland eine neue Offensive in Awdijiwka gestartet habe. Laut dem ISW zielt diese darauf ab, Bewegungen der ukrainischen Streitkräfte in Schlüsselregionen an der Frontlinie zu verhindern.
10.10.2023	Der Polizeichef der Ukraine, Iwan Wyhiwskyj, teilt mit, dass man über 50 Fälle von sexueller Gewalt gegen Ukrainerinnen, an denen 19 russische Soldaten beteiligt gewesen sein sollen, untersuche.
11.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft im NATO-Hauptquartier in Brüssel zu einem Treffen im Rahmen der Verteidigungskontaktgruppe für die Ukraine im sog. Ramstein-Format ein. Es ist das erste Mal, dass Selenskyj persönlich an diesem Format teilnimmt. Der dänische Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen teilt im Kontext des Treffens mit, dass er damit rechne, dass die ersten dänischen F-16-Jets im Frühjahr 2024 an die Ukraine übergeben werden können. Belgien kündigt an, ab 2025 F-16-Kampffjets an die Ukraine zu liefern. Auch weitere Staaten kündigen neue Verteidigungspakete für die Ukraine an.
11.10.2023	Die ukrainischen Streitkräfte schießen nach Angaben der Luftwaffe 28 der 33 von Russland über Nacht auf die Ukraine abgefeuerten Drohnen vom Typ Shahed ab.
11.10.2023	Belgien richtet einen Fonds in Höhe von 1,7 Mrd. Euro für die Ukraine ein, der sich aus den Zinsen der eingefrorenen russischen Vermögenswerte im Land finanziert. Mit dem Geld sollen Projekte für einen schnellen Wiederaufbau finanziert werden. Das teilt der belgische Premierminister Alexander de Croo bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Brüssel mit. Mit 180 Mrd. Euro befindet sich ein Großteil des international eingefrorenen russischen Vermögens, das auf ca. 300 Mrd. Euro geschätzt wird, in Belgien.
11.10.2023	Laut einer Umfrage des ukrainischen Razumkow-Zentrums ist das Militär die vertrauenswürdigste Institution der Ukraine. Rund 93 Prozent der Ukrainer:innen vertrauen den Streitkräften, gefolgt von freiwillig bewaffneten Einheiten (85 Prozent) und Freiwilligenorganisationen (84 Prozent).

12.10.2023	Die niederländische Verteidigungsministerin Kaja Ollongren sagt, dass die Niederlande mehr als ein Dutzend F-16-Kampffjets in ein Trainingszentrum nach Rumänien schicken, damit ukrainische Piloten in den nächsten Wochen mit dem Training beginnen können.
12.10.2023	Der ukrainische Marinesprecher Dmytro Pletentschuk teilt mit, dass die »Pavel Dershawin«, ein Patrouillenschiff der russischen Schwarzmeerflotte, durch eine Explosion beschädigt wurde.
12.10.2023	Das Institute for the Study of war (ISW) berichtet, dass russische Streitkräfte vier Quadratkilometer um Awdiwka in der Region Donezk, wo Russland jüngst eine neue Offensive gestartet habe, erobert hätten.
12.10.2023	Der Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR), Kyrylo Budanow, schätzt, dass Russland wahrscheinlich über genügend wirtschaftliche und technische Kapazitäten verfügt, seinen Krieg gegen die Ukraine bis 2025 oder 2026 fortzusetzen.
12.10.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal erklärt in seiner Rede vor dem Forum der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Marrakesch, dass der Ukraine 2024 ein Haushaltsdefizit von 42 Milliarden US-Dollar drohe.
13.10.2023	Ukrainische Medien melden unter Berufung auf anonyme Quellen, dass experimentelle »Sea Baby«-Marinedrohnen bei den jüngsten ukrainischen Angriffen auf russische Schiffe der Schwarzmeerflotte eingesetzt worden sein sollen. Mehrere russische Boote konnten durch die Angriffe zerstört werden. Russland sah sich daher gezwungen, mehrere Schiffe von der Krim in Häfen auf dem russischen Festland zu verlegen.
13.10.2023	Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats der USA John Kirby sagt, dass Nordkorea über 1.000 Container mit Militärgütern an Russland geliefert haben soll. Pjöngjang soll im Gegenzug russische Technologien für das nordkoreanische Militär- und Atomprogramm fordern. Mitte September trafen sich der russische Präsident Wladimir Putin und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un in Russland; nähere Details der Gespräche wurden jedoch nicht bekannt.
13.10.2023	Politico berichtet, dass ukrainische Piloten nächste Woche mit der F-16-Ausbildung in den USA beginnen sollen. Den Informationen zufolge soll eine kleine Anzahl von Piloten, die ihre Sprachprüfungen bestanden haben, zur Morris Air National Guard Base in Arizona reisen, um mit dem Training zu beginnen.
13.10.2023	Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) verabschiedet eine Resolution, in der sie Russland zur Diktatur erklärt und die internationale Gemeinschaft auffordert, die Präsidentschaft von Wladimir Putin nach Ablauf seiner Amtszeit im Jahr 2024 als illegitim anzuerkennen.
13.10.2023	Das Nationale Widerstandszentrum der Ukraine teilt mit, dass Partisanen am Morgen einen Zug gesprengt haben, der Treibstoff und Munition von der besetzten Krim in die ebenfalls von Russland besetzte Südukraine gebracht haben soll.
14.10.2023	Der Kommandeur der ukrainischen Landstreitkräfte Oleksandr Syrskyj sagt, dass russische Angriffe auf die Achse Kupjansk-Lyman erfolgt seien und die russische Armee ihre Angriffe in der Nähe von Makijiwka verstärkt habe.
15.10.2023	Unter Berufung auf den Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) schreibt die Ukrainiska Prawda, dass ukrainische Drohnenangriffe auf eine Energieanlage in der russischen Region Belgorod über Nacht zu Stromausfällen in der Region geführt haben.
15.10.2023	Der Leiter der Militärverwaltung der Stadt Cherson sagt, dass russische Streitkräfte mit zwei Lenkbomben kritische Infrastrukturen in Cherson getroffen haben, was zu einem teilweisen Stromausfall und einer Unterbrechung der Wasserversorgung geführt habe.
15.10.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba teilt mit, dass man daran arbeite, globale Marken wie IKEA, H&M und Zara, die ihre Aktivitäten in der Ukraine nach dem Beginn des russischen Völlinvasion im Jahr 2022 eingestellt haben, in die Ukraine zurückzuholen.
15.10.2023	Alim Alijew, der stellvertretende Direktor des Ukrainischen Instituts teilt auf einer Konferenz mit, dass man seit Beginn der russischen Besatzung der Krim 2014 etwa 5.000 Menschenrechtsverletzungen auf der annektierten Halbinsel registriert habe. Russland richte seine Aufmerksamkeit vor allem auf die Krimtataren und brandmarkt sie als potenzielle Terrorist:innen und Kriminelle, so Alijew.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Lars Fernkorn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

X @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>